

## Erinnerung an Ermordung von Sinti und Roma

**Krakau.** Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat als erste Vorsitzende des deutschen Parlaments das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz besucht und dort der massenhaften Ermordung von Sinti und Roma gedacht. „Auschwitz steht für das größte Verbrechen, das Menschen Menschen jemals angetan haben“, für den Zivilisationsbruch, der von Deutschland ausging, und dazu zähle auch der Völkermord an den Sinti und Roma, sagte sie am Freitag bei einer internationalen Gedenkfeier.

Die Erinnerung galt einem Ereignis vor 80 Jahren: Am 2. August 1944 wurden im Lager Auschwitz-Birkenau, das in der Stadt Oswiecim im damals besetzten Polen lag, etwa 4300 Sinti und Roma in die Gaskammern getrieben und ermordet. Insgesamt fielen den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands 500.000 Sinti und Roma zum Opfer. Seit 2015 ist der 2. August vom Europäischen Parlament als Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma anerkannt.

Bas erinnerte daran, dass die Diskriminierung mit Kriegsende nicht vorbei gewesen sei. „Das Leid der Sinti und Roma wurde nach dem Krieg nicht anerkannt“, sagte die SPD-Politikerin. Es sei ein langer Weg gewesen, der deutschen Gesellschaft dieses Unrecht zu Bewusstsein zu bringen. Sie dankte dem Zentralrat der Juden und dessen Vorsitzenden Romani Rose, die sich dafür eingesetzt hätten. „Feindliche Einstellungen und Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma sind immer noch weit verbreitet“, warnte Bas. Nötig sei ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung: „Schluss mit Abwertung und Ausgrenzung“, forderte die Bundestagspräsidentin.

Überlebende berichteten bei der Feier von ihren Kriegserfahrungen. „Viele meiner Familie wurden in verschiedenen Lagern ermordet“, sagte Boleslaw Rumanowski aus Polen. Alma Klasing aus Deutschland sagte, sie habe sich als kleines Mädchen mit ihrer Familie im Wald vor der drohenden Deportation versteckt. „Wir ernährten uns von Beeren und anderen essbaren Pflanzen.“ Als sie später nach dem Krieg Mutter geworden sei, habe sie erleben müssen, dass ihre drei Söhne in der Schule benachteiligt wurden. DPA

### VATIKAN

## Kardinal Müller weist Vorwürfe zurück

**Rom.** Der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller hat Berichte über finanzielle Unregelmäßigkeiten als Grund für seinen Abzug von einem der wichtigsten Posten im Vatikan 2017 als „Intrige“ zurückgewiesen. „Hier soll das Bild verbreitet werden, dass ich mich wie ein gemeiner Dieb finanziell bereichert hätte“, sagte er am Freitag. Das katholische US-Nachrichtenportal „The Pillar“ berichtete, dass bei Müller 2015 auf einem Privatkonto große Geldsummen aus Beständen des Vatikans entdeckt worden seien. Zudem seien auf einem von Müllers privaten Konten etwa 200.000 Euro verbucht worden, die der Kongregation gehörten – angeblich durch einen Schreibfehler bei der Kontonummer. DPA

Zum Kommentar „Unverständliches Desinteresse“ vom 27. Juli:

## Keine Uniform im Unterricht

„Kriegstüchtigkeit“ beginnt im Kopf. Und so sind diese „Besuche“ von Jugendoffizieren in Schulklassen auch angedacht. Unsere Kinder und Enkelkinder brauchen Unterricht, brauchen mehr Bildung, mehr Wissen, aber nicht, um es nach der Ausbildung oder dem Studium für den Krieg zur Verfügung zu stellen, sondern damit sie ihr Wissen für eine bessere Zukunft für alle Völker einsetzen können. Für eine Welt des Friedens, ohne Hunger und Vertreibung.

Mein Vater war als 17-Jähriger im Zweiten Weltkrieg. Ich habe ihn als Jugendlicher oft gefragt: Wie war das damals? Er sagte, das willst du nicht wissen. Nach langem Zögern erzählte er mir von der anfänglichen Begeisterung vieler Jugendlicher in seinem Alter – bis sie dann an der Front waren.

Und so wie damals fängt es an, die Indoktrination von Jugendlichen durch Jugendoffiziere an Schulen, auch wenn der Kommentator das anders sieht. Und zur Rolle dieser Jugendoffiziere ist der Kommentator selbst entlarvend. Der Autor zitiert Florian Kröger, der Jugendoffizier beim Landeskommmando Bremen ist, mit den Worten: „Es ist wichtig, die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsatz ins Bewusstsein zu rücken. Denn diese politische Entscheidung kann einhergehen mit Tod oder Verwundung.“ Wer offen von Auslandseinsätzen spricht, sollte auch sagen, gegen wen

**Berlin.** Nach dem umfassenden Austausch von Gefangenen zwischen westlichen Staaten und Russland wirbt die Bundesregierung um Verständnis für ihre schwierige Entscheidung. Dass die Vereinbarung mit Moskau helfen könnte, Spannungen abzubauen oder sogar den Ukraine-Krieg zu beenden, ist nicht absehbar. Außenministerin Annalena Baerbock bezeichnete den Gefangenen austausch zwischen Russland, Belarus und mehreren westlichen Staaten als „hochsensibles Dilemma“. Sie deutete hartes Ringen innerhalb der Regierung an. „Die Entscheidung hat sich niemand in der Bundesregierung leicht gemacht“, sagte die Grünen-Politikerin im Radio-Interview mit BR24.

Innenministerin Nancy Faeser betonte: „Das ist eine sehr, sehr schwere Entscheidung gewesen. Das ist eine Abwägung verschiedener Güter. Aus unserer Sicht war das Gut der Freiheit und das Leben der Gefangenen – in Russland, in Belarus – entscheidender, dass diese 15 Menschen ein freies Leben bekommen.“ Dagegen stand die Freilassung eines verurteilten Mörders. Gemeint ist: der „Tiergartenmörder“ Wadim Krassikow.

Dieser kam am Donnerstag im Zuge des Gefangenen austausches frei. Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen wurde er per Flugzeug von Karlsruhe nach Ankara gebracht.

„Man kann das eine nicht tun, ohne das andere in Kauf zu nehmen.“

Boris Pistorius, Verteidigungsminister

Das Berliner Kammergericht hatte den Mann 2021 wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Laut Urteil hat der Russe am 23. August 2019 in Berlin im Auftrag staatlicher russischer Stellen einen Georgier tschetschenischer Abstammung heimtückisch erschossen, der in Deutschland Schutz gesucht hatte. Im Gegenzug ließ Russland unter anderem prominente Oppositionelle wie Wladimir Kara-Murza frei.

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bewertet den umfangreichen Gefangenen austausch mit Russland als Verhandlungserfolg und plädiert für Realismus. „Man kann das eine nicht tun, ohne das andere in Kauf zu nehmen. Das war jetzt hier auch so“, sagte er. Er freue sich vor allem darüber, „dass Menschen, die unschuldig in russischen Gefängnissen gesessen haben, befreit werden konnten“. Die Bilder aus Moskau und der Empfang für die Freigelassenen könnten niemanden, der Wladimir Putin richtig einschätzt, auch nur annähernd überraschen.

Das große Interesse Putins an Krassikow könnte neben dem allgemeinen Schutzversprechen für Geheimdienstmitarbeiter noch einen weiteren Grund haben, vermutete der CDU-Sicherheitsexperte Roderich Kiesewetter. „Krassikow war die Schlüsselfigur, ein langer Kollege, Freund, Partner von Putin, die kennen sich seit über 30 Jahren, und Pu-



Der „Wall Street Journal“-Korrespondent Evan Gershkovich wurde bei seiner Ankunft auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews von seiner Mutter und US-Präsident Joe Biden begrüßt. FOTO: BALCE CENETA/DPA

tin lag sehr daran, diesen Mann freizubekommen, weil natürlich Krassikow viel mehr weiß, als er in seinen Verhören preisgegeben hat“, sagte Kiesewetter im SWR. Krassikow sei jetzt „belohnt worden für sein Schweigen“. Der Kreml bestätigte erstmals direkt, dass Krassikow ein Agent des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB ist.

Am Donnerstag waren insgesamt zehn Personen nach Russland geflogen worden. Drei ehemalige in Russland Inhaftierte kamen in die USA: Der „Wall Street Journal“-Korrespondent Evan Gershkovich, der ehemaligen Soldat Paul Whelan und die Journalistin Alsu Kurmasheva. 13 ehemalige Gefangene wurden nach Deutschland gebracht. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) empfing die Freigelassenen am Flughafen Köln/Bonn. Der Gefangenen austausch war über Monate von Verhandlern aus Deutschland und den USA vorbereitet worden. Abgewickelt wurde er mit Unterstützung des türkischen Geheimdienstes MIT am Flughafen in Ankara. Bei den deutschen Staatsbürgern, die frei kamen, handelt es sich um Rico K., der in Belarus zum Tode verurteilt worden war, sowie um vier Männer, die in Russland festgehal-

ten worden waren.

Im Fall des „Tiergartenmörders“ ging es um einen Mann, der wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Auch Kiesewetter räumt ein, die Bundesregierung habe sich bei ihrer Entscheidung in einem Dilemma befunden. Bundeskanzler Scholz hatte mit Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) schon vor einigen Wochen über den geplanten Austausch ge-

sprochen. US-Präsident Joe Biden sagte, der Gefangenen austausch sei ein „harter Brocken“ für die Verbündeten der USA gewesen. Besonders Deutschland und Slowenien hätten Entscheidungen treffen müssen, die „gegen ihre unmittelbaren Interessen waren“. Auf die Frage, was nun seine Botschaft an Russlands Präsident Wladimir Putin sei, antwortete er nur: „Stopp.“

Kommentar Seite 2

### Experte sieht keine Anzeichen für Entspannung

**Der Politologe David Sirakov** erwartet nach dem Austausch von Gefangenen keine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. „Vielmehr zeigt es, dass die aus dem Kalten Krieg bekannte Strategie der Freipressung eigener Staatsbürger, oft aus dem Sicherheits- und Geheimdienstbereich, durch die Inhaftierung ausländischer Staatsbürger in Russland und Belarus weiter zum diplomatischen Repertoire dieser Staaten gehört“, erläuterte er. „Dies ist weder eine vertrauensbildende Maßnahme, noch weckt sie Hoffnungen auf ein besseres Verhältnis zu Moskau oder Minsk.“

Sirakov würdigte den Austausch als logistische und diplomatische Meisterleistung der vier Staaten USA, Russland, Deutschland und Belarus. „Für die Administration von US-Präsident Joe Biden – und damit auch für Vizepräsidentin Kamala Harris – ist die Rückkehr von Evan Gershkovich und Paul Whelan ein enormer Erfolg“, betonte der Leiter der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz. Die US-Regierung werde damit nicht nur ihrer Verantwortung gegenüber ihren Staatsbürgern gerecht, sondern sende auch ein bedeutendes Zeichen an Presse und Öffentlichkeit. DPA

## BRIEFE AN DIE REDAKTION



Auf Berufsorientierungsmessen, wie 2018 an der KGS Tarmstedt, ist gelegentlich auch die Bundeswehr vertreten. Gerwin Goldstein und Gerhard Kupfer wenden sich in ihren Leserbriefen gegen Armeewerbung in Schulen. FOTO: ARCHIV/LACHNER

Krieg geführt werden soll. Dieses hätte im Kommentar aufgegriffen und scharf verurteilt werden müssen.

GERWIN GOLDSTEIN, BREMEN

## Unsere Kinder schützen

Der Krieg ist in unserer Gesellschaft angekommen, auf allen Ebenen. Seit wenigen Wochen ist es in Bayern Gesetz, dass das Militär auch ohne Einladung in die Schulen zu gehen hat und dass die Zivilklauseln – das Verbot militärischer Forschung an den Universitäten – zu fallen haben. Bayern hat beim Marsch nach rechts schon immer als Blaupause für die ganze Republik gedient, das ist nicht neu.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissen-

schaft (GEW) hat Recht, wenn sie sich dagegen wehrt, dass das Militär nun auch noch in den Schulen das Wort führt. Als Gewerkschafter wehre ich mich auch dagegen, dass zum Beispiel die IG Metall ihren Mitgliedern weismachen will, Arbeitsplätze seien gesichert, wenn 20 Eurofighter für den Krieg gebaut werden.

Als Vater und Großvater wehre ich mich dagegen, dass unsere Kinder und Enkel zu Kanonenfutter gemacht werden. Dazu haben wir sie nicht aufgezo-gen. Es ist unsere verdammt Verantwortung und Pflicht, sie zu schützen. Wie fühlen sich wohl Kinder, deren Eltern aus ihrem Land traumatisiert vor dem Krieg fliehen mussten, wenn ihnen nun hier die „Kriegstüchtigkeit“ im Klassenzimmer eingebläut wird? Der Autor nennt

das so hübsch „den Horizont sicherheitspolitisch erweitern“.

Höchste Zeit also, aktiv zu werden und unsere Kinder zu schützen, an Elternabenden, in den Elternbeiräten, in den Hochschulen, im Betrieb, im Hafen und überall!

GERHARD KUPFER, BREMEN

Zum Standpunkt „Schuld sind immer die anderen“ vom 25. Juli:

## Wichtiger Appell

So treffend habe ich die Beschreibung des Trends, sich als Mensch in der Opferrolle zu gefallen, selten gelesen, nicht zu vergessen den Hinweis, dass dies nicht zum Beispiel für Opfer von Gewalttaten, Unfällen, anderen Unglücksfällen oder Kranke gilt. Ich freue mich über den Appell an die Resilienz und die Möglichkeiten, die wir haben, aus schwierigen Situationen mit Energie und Willen zur Selbsterhaltung herauszukommen.

Wenn wir Menschen mit dieser Einstellung nicht hätten, wäre es trauriger um unsere Gesellschaft und um unsere Innovationsfähigkeit bestellt. Viele Menschen haben offensichtlich die Perspektive des „Wir“ verloren, zeigen immer nur auf „die da“ und erwarten, dass andere alles für sie regeln.

Wie schaffen wir es, auch den „Die-Da-Sagern“ zu helfen, aktiv Lösungen für ihre Probleme zu finden? Ich wünsche mir eine entschiedene Bildungsinitiative, einschließlich effektiven Anstrengungen, junge Menschen für Erziehungsberufe zu gewinnen. Das ist

kein Allheilmittel und wird dauern, aber der Anfang muss gemacht werden.

CHRISTIANE ORDEMANN, BREMEN

Zum Artikel „Zehn Jahre Linie 4: Eine Bilanz mit Beulen“ vom 1. August:

## Dankbar für den Bus

Die Regionalbusse aus Zeven oder Worpswede, die über Lillienthal nach Bremen fahren, sind doch eine gute Ergänzung der Linie 4 von Borgfeld aus. Solange die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) die Route Borgfeld-Falkenberg und retour nicht verlässlich bedienen kann, würde ich nicht von Konkurrenz sprechen. An einem Nachmittag im Juni war ich sehr dankbar, dass ich in einen Bus aus Zeven steigen konnte, als in Lillienthal-Mitte nicht absehbar war, wann eine Straßenbahn kommt. Das fand ich in dem Moment angenehmer, als bis Borgfeld zu Fuß zu gehen.

AGATHE SEILER, BREMEN

### REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Lesermeinung • 28189 Bremen  
Mail: [lesermeinung@weser-kurier.de](mailto:lesermeinung@weser-kurier.de)

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.